

**ERKLÄRUNG VON TOLEDO
ZUM INFORMELLEN MINISTERTREFFEN
ZUR STADTENTWICKLUNG
Toledo, 22. Juni 2010**

PRÄAMBEL

Am 22. Juni 2010 fand in Toledo (Spanien) die Sitzung des Informellen Treffens der für Stadtentwicklung zuständigen Minister der EU-Mitgliedsstaaten statt. Die Sitzung erfolgte auf Einladung der spanischen EU-Ratspräsidentschaft im Rahmen des Informellen Ministertreffens für Wohnungsbau und Stadtentwicklung (21. - 22. Juni) und das Hauptthema war die „integrierte Stadterneuerung“. Bei dem Treffen waren auch die folgenden Teilnehmer anwesend: Der EU-Kommissar für Regionalpolitik und Vertreter des Europäischen Parlaments (EP), des Ausschusses der Regionen (CoR, Committee of the Regions), des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EESC, European Economic and Social Committee), der Europäischen Investitionsbank (EIB, European Investment Bank) und Vertreter der drei Kandidatenländer für die EU-Mitgliedschaft sowie von Norwegen und der Schweiz und verschiedene Beobachter und relevante Interessenvertreter, die im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung von Bedeutung sind.

Dieses Treffen fand im Kontext einer weltweiten Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise statt, die große Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft und die Lebensqualität der europäischen Bürger hat. Kurz- und mittelfristig stehen die europäischen Städte vor der großen Herausforderung, diese Krise zu überwinden und daraus gestärkt hervorzugehen. Sie stehen jedoch auch vor anderen strukturellen und langfristigen Herausforderungen – Globalisierung, Klimawandel, Ressourcenknappheit, Migration, Alterung und demografischer Wandel, usw. – mit einer starken städtischen Dimension – Auswirkungen auf die städtische Wirtschaft, Schädigung der städtischen Umwelt, erhöhtes Risiko sozialer Polarisierung und Ausgrenzung, usw. – die gleichzeitig angegangen werden müssen. Diese Herausforderungen sind ein Warnsignal und eine Chance, um auf der Grundlage einer integrierten, intelligenten, nachhaltigen, kohäsiven und integrativen Stadtentwicklung einen beständigen Kurs einzuschlagen. Das ist die einzige Möglichkeit, um in europäischen Städten heute und in Zukunft eine bessere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Ökoeffizienz sowie einen besseren sozialen Zusammenhalt und städtischen Fortschritt zu erzielen und um die Lebensqualität und den Wohlstand der Bürger sicherzustellen.

Die für Stadtentwicklung zuständigen Minister haben Folgendes berücksichtigt:

den am 13. Dezember 2007 unterzeichneten und am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon, der den Vertrag über die Europäische Union und den Gründungsvertrag der Europäischen Gemeinschaft ändert.

- die vom Europäischen Rat am 17. Juni 2010 beschlossene Strategie „EUROPA 2020“, die der Mitteilung der Kommission „EUROPA 2020 Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ vom 3. März 2010 (COM(2010)2020) folgte und die vom Europäischen Rat am 15./16. Juni 2006 verabschiedete geänderte „EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung“;

- das Arbeitsdokument der Generaldirektion Regionalpolitik mit dem Titel „Fostering the urban dimension – Analysis of the Operational Programmes co-financed by the European Regional Development Fund (2007-2013)“ (Förderung der städtischen Dimension – Analyse der vom Europäischen Fonds für Regionalentwicklung mitfinanzierten Operationellen Programme (2007-2013)) vom November 2008; und der im Dezember 2009 aktualisierte Leitfaden der Europäischen Kommission über „Die städtische Dimension der Gemeinschaftspolitik im Zeitraum 2007 – 2013“;

- die Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss mit dem Titel „Grünbuch über die territoriale Kohäsion: Territoriale Vielfalt als Stärke“ vom 6. Oktober 2008 (COM (2008)0616)

- die EntschlieÙung Grünbuch: territorialer Zusammenhalt und Stand der Diskussion über die künftige Form der Kohäsionspolitik (2008/2174(INI)) des Europäischen Parlaments vom 24. März 2009; der Bericht des Europäischen Parlaments vom 24. März 2009 zur Städtischen Dimension der Kohäsionspolitik im neuen Programmplanungszeitraum (2008/2130(INI));

- die am 26. Mai 2010 verabschiedete Meinung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EESC, European Economic and Social Committee) zum Thema „Stadterneuerung: Integrierter Ansatz“ (EESC 760/2010);

- die Meinung des Ausschusses der Regionen zur „Rolle der Stadterneuerung für die Zukunft der Stadtentwicklung in Europa“; gebilligt in der Plenarsitzung am 9./10. Juni 2010

- die auf dem EU-Gipfeltreffen zur Kommunalverwaltung vom 22.-24. Februar 2010 in Barcelona beschlossene Agenda von Barcelona mit dem Titel „Towards an European Local Agenda“ (Hin zu einer Europäischen Lokalagenda);

- die am 30. September 2009 verabschiedete Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Aktionsplan urbane Mobilität“ (COM (2009) 490 final), die auf dem Grünbuch „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ (COM (2007) 551 final) der Kommission beruht.

- die Schlussfolgerungen der EU-Ratspräsidentschaft aus dem Informellen Ministertreffen zur Regionalpolitik am 19. Februar in Zaragoza, zum Mehrebenensystem aus dem Informellen Ministertreffen zur Territorialpolitik am 16. März 2010 in Málaga und die Abschlusserklärung des 18. Informellen Treffens der Wohnungsbauminister in Toledo am 21. Juni 2010.

- die Dokumente der letzten Informellen Ministertreffen zur Stadtentwicklung, insbesondere: Das beim Informellen Ministerrat der für städtische Angelegenheiten zuständigen Minister in Lille am 3. November 2000 verabschiedete „Aktionsprogramm von Lille“; der beim Informellen Ministerrat der für territoriale Kohäsion zuständigen Minister am 29. November in Rotterdam verabschiedete „Urban Acquis“; der beim Informellen Ministerrat zu nachhaltigen Gemeinden am 6.-7. Dezember 2005 in Bristol verabschiedete „Vereinbarung von Bristol“; die „Territorial Agenda of the EU - Towards a More Competitive and Sustainable Europe of Diverse Regions“ (Territorialagenda der EU – Hin zu einem wettbewerbsfähigerem und nachhaltigerem Europa verschiedener Regionen) und die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“, die beide beim Informellen Ministerrat der für Raumplanung und Stadtentwicklung zuständigen Minister am 24.-25. Mai in Leipzig verabschiedet wurden; die beim Informellen Ministerrat der für Stadtentwicklung zuständigen Minister am 25. November 2008 verabschiedete „Erklärung von Marseille“.

Unter Berücksichtigung dessen haben sie die folgenden Ausführungen der Erklärung von Toledo vereinbart und beschlossen:

ERKLÄRUNG VON TOLEDO:

A. ZUM UMGANG MIT DEN AKTUELLEN STÄDTISCHEN HERAUSFORDERUNGEN UND ZUR IMPLEMENTIERUNG DER STRATEGIE EUROPA 2020 DURCH EINE INTELLIGENTERE UND NACHHALTIGERE STADTENTWICKLUNG MIT BESSERER SOZIALER INTEGRATION.

Die Minister untersuchten die Strategie Europa 2020 ausführlich und unter Berücksichtigung der städtischen Dimension der derzeitigen Krisen und zukünftigen Herausforderungen der europäischen Städte und betonten infolgedessen die Notwendigkeit, in europäischen Stadtgebieten, Städten und Gemeinden eine intelligentere und nachhaltigere Stadtentwicklung mit besserer sozialer Integration zu fördern.

A.1. Die Eignung des integrierten Ansatzes der Stadtentwicklungspolitik und die Notwendigkeit eines gemeinsamen Verständnisses davon.

Um diese intelligentere und nachhaltigere Stadtentwicklung mit besserer sozialer Integration zu erreichen, bestätigten die Minister nochmals die Gültigkeit der Verpflichtungen und Grundsätze, die bei früheren Ministertreffen eingegangen und festgelegt wurden und betonten insbesondere den integrierten städtepolitischen Ansatz als eines der Hauptinstrumente, um Fortschritte im Sinne der Strategie Europa 2020 zu erzielen. Dies gilt insbesondere angesichts des aktuellen Szenarios knapper Ressourcen, in dem es scheinbar notwendig ist, mit weniger auszukommen und gleichzeitig mehr zu erreichen. Dabei bekräftigten sie auch die Rolle, die Städte beim Erreichen dieser Ziele spielen können und forderten, dass die Städte tatsächlich an der Implementierung von Europa 2020 beteiligt werden.

Die Minister erachteten, dass die bei den letzten Treffen in Leipzig und Marseille vereinbarten Grundsätze weiterentwickelt, implementiert und umgesetzt werden müssen, um diese wichtigen städtischen Herausforderungen anzugehen. Um dies weiterhin zu gewährleisten, vereinbarten die Minister, dass ein detailliertes gemeinsames Verständnis des integrierten Ansatzes zur Stadtentwicklung festgelegt werden muss. In dieser Hinsicht nahmen sie dessen Hauptmerkmale zur Kenntnis, die im „Referenzdokument von Toledo zur integrierten Stadterneuerung und deren strategischem Potenzial für eine intelligentere und nachhaltigere Stadtentwicklung in Europa mit besserer sozialer Integration“ beschrieben werden und sie bedanken sich bei der spanischen EU-Ratspräsidentschaft für die Anfertigung dieses sehr wertvollen Dokumentes. Auf der Grundlage dieses gemeinsamen Verständnisses brachten die Minister zum Ausdruck, dass sie sich dazu verpflichten, es im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzen zu unterstützen.

A.2. Die Bedeutung der integrierten Stadterneuerung und ihr strategisches Potenzial für eine intelligentere und nachhaltigere europäische Stadtentwicklung mit besserer sozialer Integration.

Die Minister betonten die Bedeutung der folgenden Punkte für die Verwirklichung des Modells einer intelligenteren und nachhaltigeren Stadt mit besserer sozialer Integration:

- Implementierung integrierter Stadtentwicklungsstrategien mit einer globalen und übergreifenden städtischen Vision und im Rahmen einer hierfür geeigneten regionalen Perspektive. Diese Strategien sollten alle Dimensionen der städtischen Nachhaltigkeit auf integrierte Weise sowohl bei neuen städtebaulichen Entwicklungen als auch in bereits bestehenden Stadtgebieten unterstützen;
- Berücksichtigung der Notwendigkeit einer Verbesserung der Wirtschaftsleistung, der Ökoeffizienz und des sozialen Zusammenhalts der bestehenden Stadt, um die allgemeinen Ziele und wichtigsten konkreten Zielvorgaben¹ zu erreichen, die in der Strategie Europa 2020

¹ Diese Zielvorgaben sind: 75% der Bevölkerung im Alter von 24-64 Jahren sollte beschäftigt sein; 3% des BIP der EU sollte in Forschung und Entwicklung investiert werden; die 20/20/20-Klima-Energie-Ziele sollten erreicht werden (einschließlich einer Erhöhung der Emissionsminderung auf 30%, wenn die Bedingungen stimmen); Verminderung des Anteils an

beschrieben werden und um dieses intelligentere und nachhaltigere Modell mit besserer sozialer Integration wirklich in der gesamten bebauten Umgebung und im gesamten Sozialgefüge der bestehenden Stadt zu implementieren und anzuwenden;

- Sicherung der Lebensqualität und des Wohlstands der Bewohner in allen bestehenden Gemeinden und Stadtteilen. Betonung der Notwendigkeit der Mitwirkung bei der städtebaulichen Entwicklung durch Bürgerbeteiligung und Betonung der Bedeutung von Bündnissen mit anderen Interessenvertretern (Privatsektor, Zivilgesellschaft, usw.) und deren Einbeziehung als entscheidendes Instrument eines integrierten Ansatzes;
- Erinnerung an die in der Strategie Europa 2020 selbst und in der Erklärung von Marseille zum Ausdruck gebrachte Empfehlung, sich auf den Klimawandel zu besinnen und diesen gebührend zu berücksichtigen;
- Unterstützung des Bekenntnisses zur Bedeutung der Renovierung und technischen Modernisierung des bestehenden Wohnungsbestands aus unterschiedlichen Perspektiven, wie in der Abschlusserklärung des 18. Informellen Treffens der Wohnungsbauminister am 21. Juni 2010 in Toledo betont wurde;
- Berücksichtigung der Verpflichtungen der Leipzig-Charta im Hinblick auf die besondere Beachtung „sozial benachteiligter Stadtteile im gesamten Stadtkontext“ und insbesondere den Vorteil einer gegenseitigen Abstimmung konkreter Ziele² um eine soziale Polarisierung zu vermeiden;
- Erinnerung daran, dass die von der Qualität des öffentlichen Raums und der künstlich geschaffenen Stadtlandschaft und Architektur bestimmte städtische Gesamtqualität eine entscheidende Voraussetzung für die Schaffung einer angenehmen Umgebung für die Stadtbevölkerung und auch für die allgemeine Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Stadt ist;
- Betonung des Nutzens der Wirksamkeit der Raum- und Stadtplanung als Hebel für eine Politik zur Integration ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Ziele.
- Gegebenenfalls Berücksichtigung der Eignung des städtischen Recyclings und/oder der kompakten Stadtplanung³, als Strategien zur Verminderung des Flächenverbrauchs, zur Vermeidung einer unnötigen Umwandlung von Grünflächen und natürlichen Flächen in Bauland und um eine zunehmende Zersiedelung zu steuern und einzuschränken.

Sie vereinbarten daher, auf die strategische Rolle der Integrierten Stadterneuerung hinzuweisen, die in das umfassendere Konzept der Integrierten Städtebaulichen Entwicklung eingebettet ist. Für die Erreichung der vorher erwähnten Ziele ist dies ein wichtiger Gesichtspunkt.

Infolgedessen nahmen die Minister die damit in Verbindung stehenden Empfehlungen des vorher erwähnten „Referenzdokumentes von Toledo“ zur Kenntnis und bestätigten deren Nutzen für ein gemeinsames Verständnis dieses Konzeptes und für die zukünftige Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten und zwischen der Europäischen Kommission, den anderen EU-Institutionen und Interessenvertretern. Daher beschlossen die Minister, die integrierte Stadterneuerung als strategisches Instrument zu fördern, um ein intelligenteres und nachhaltigeres Städtemodell mit besserer sozialer Integration zu erreichen und um insbesondere die derzeitigen städtischen Herausforderungen anzugehen und die Ziele der Strategie Europa 2020 im bestehenden Stadtgefüge

Schulabbrechern auf unter 10% und Erreichung eines Anteils von mindestens 40% an Personen mit Hochschulabschluss bei der jüngeren Generation; und die Verminderung der armutsgefährdeten Personen auf unter 20 Millionen.

² Diese waren: „Verfolgung von Strategien zur Modernisierung der physischen Umgebung einschließlich der Investition in Wohnungsbau“, „Stärkung der lokalen Wirtschaft und lokalen Arbeitsmarktpolitik“, Förderung „einer proaktiven Erziehungs- und Ausbildungspolitik für Kinder und Jugendliche“ und die „Förderung eines leistungsfähigen und bezahlbaren öffentlichen städtischen Transportsystems“.

³ Im Einklang mit der Mitteilung der Kommission über eine „Thematische Strategie für die Städtische Umwelt“, COM (2005) 718 final.

und in der bebauten Umgebung zu erfüllen. Dies soll im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzen geschehen und in enger Zusammenarbeit mit den Städten der einzelnen Länder und wenn dies im jeweiligen Länderkontext von Bedeutung ist.

B. ZUR UNTERSTÜTZUNG DER FORTSETZUNG DES MARSEILLE-PROZESSES UND DER IMPLEMENTIERUNG DES EUROPÄISCHEN REFERENZRAHMENS FÜR NACHHALTIGE STÄDTE (RFSC).

Im Anschluss an die Erklärung von Marseille zur Notwendigkeit, die Unterstützung einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung und des integrierten Ansatzes fortzusetzen und die Grundsätze der Leipzig-Charta auf lokaler Ebene zu implementieren, erarbeitete eine hochrangige Arbeitsgruppe (MS/I-AG) unter französischer Leitung in den Jahren 2009-2010 eine Vorlage für einen gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für nachhaltige Städte⁴.

Diesbezüglich beschäftigten sich die Minister mit Folgendem:

- Sie dankten allen Beteiligten und insbesondere Frankreich für ihre Mitarbeit an dem Prozess und für ihr Engagement.
- Sie begrüßten und würdigten die bisher geleistete Arbeit und brachten ihre Anerkennung des zusätzlichen Nutzens des RFSC als funktionsfähiges Instrument insbesondere für mittelgroße und kleinere Städte zum Ausdruck, da diese dadurch auf freiwilliger Basis dabei unterstützt werden, integrierte und nachhaltige Strategien, Richtlinien und Projekte der städtebaulichen Entwicklung zu erarbeiten.
- Sie bestätigten im Einklang mit der Erklärung von Marseille, dass der RFSC auf einem gemeinsamen und offenen Prozess beruht und dass es sich um ein übergreifendes, anpassungsfähiges, offenes und unverbindliches Instrument für Städte handelt, das auf dem Subsidiaritätsprinzip beruht.

In Anbetracht dessen, dass der auf dem Informellen Ministertreffen in Toledo vorgestellte Prototyp nun weiterentwickelt und in einer neuen Phase getestet werden muss, beschäftigten sich die Minister mit Folgendem:

- Sie bekräftigten ihre Verpflichtung dazu, den Prozess in der bevorstehenden zweiten Phase fortzuführen. Es ist vorgesehen, dass der Prototyp nun in einer Reihe von ausgewählten Pilotstädten getestet wird und dass der RFSC auf der Grundlage dieses Textes verbessert und fertig gestellt wird und wie dies im Abschlussdokument der MS/I-Arbeitsgruppe beschrieben wurde. Es wird vorgeschlagen, dass das voll funktionsfähige endgültige Instrument Ende 2011 abgeliefert wird (während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft).
- Sie hoben die Notwendigkeit einer gemeinsamen Unterstützung durch die Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission hervor und baten die Europäische Kommission darum, in diesem Prozess eine bedeutende Rolle einzunehmen und die Testphase gemeinsam mit Frankreich und anderen Ländern zu leiten, die sich freiwillig dazu bereit erklären. Hierzu gehören auch die Länder der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft.
- Sie bekräftigten ihre Verpflichtung dazu, den Prozess auf nationaler Ebene im Rahmen ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten weiterzuführen und zu unterstützen, und zwar durch die Fortführung der bestehenden „National Support Groups“ oder die freiwillige Einführung neuer Gruppen. Sie bekräftigten auch ihre Verpflichtung dazu, geeignete Anstrengungen zu unternehmen, um die Nutzung des Europäischen Referenzrahmens auf der Ebene der Mitgliedsstaaten zu verbreiten und zu fördern und die Vorlage des RFSC oder das endgültige Instrument in ihre Landessprache zu übersetzen, um es zugänglich zu machen und eine hohe Beteiligung in vielen Städten zu ermöglichen.

⁴ <http://www.rfsustainablecities.eu/>

- Und sie berücksichtigten, dass eine hohe Beteiligung und Einbeziehung Europäischer Städte und Gemeinden entscheidend für den Erfolg der Entwicklung und zukünftigen Implementierung dieses Instrumentes ist und schlugen daher eine Reihe freiwilliger Teststädte für die Testphase vor sowie die landesweite Unterstützung der Tests in diesen Städten und gegebenenfalls die Unterstützung der Kommunikation auf Europäischer Ebene.

Unter Berücksichtigung all dieser Empfehlungen beschäftigten sich die Minister mit Folgendem:

- Sie ermutigten bevorstehende EU-Ratspräsidentschaften, sich an der Weiterverfolgung des Prozesses zu beteiligen.
- Sie luden Kommunalbehörden und andere Einrichtungen sowie insbesondere Berufsverbände, privatwirtschaftliche Verbände, Nichtregierungsorganisationen, usw. dazu ein, sich aktiv an dem Prozess zu beteiligen.
- Sie ermunterten alle Interessenvertreter auf Europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene dazu, diese Chance zu nutzen und die Verbreitung des Instrumentes zu unterstützen.
- Sie betonten den potenziellen Beitrag des RFSC zu einer verantwortungsbewussten Regierungsführung und einem Europäischen Dialog auf mehreren Ebenen auf der Grundlage eines gemeinsamen Formats und Verständnisses.
- Und sie hoben den großen zusätzlichen Nutzen im Hinblick auf die Perspektive einer neuen Europäischen Stadtagenda und die Ziele von Europa 2020 hervor.

C. ZUR NOTWENDIGKEIT DER KONSOLIDIERUNG EINER ZUKÜNFTIGEN EUROPÄISCHEN STADTAGENDA

Die Minister würdigten die Arbeit der turnusmäßig wechselnden EU-Ratspräsidentschaften und insbesondere der jüngsten Meilensteine aus den in der Präambel erwähnten Informellen Ministertreffen zu städtischen Themen und kamen zu dem Schluss, dass der neue Rahmen durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Notwendigkeit einer Koordinierung zwischen den drei aufeinander folgenden EU-Ratspräsidentschaften erhöht. Daher scheint es angebracht, mit der Konsolidierung strategischer Bereiche zu beginnen, um die Kontinuität und Koordinierung zwischen aufeinander folgenden Trio-Ratspräsidentschaften zu gewährleisten und sich hin zu einer zukünftigen Erstellung eines gemeinsamen Arbeitsprogramms oder einer „Europäischen Stadtagenda“ zu bewegen, die schrittweise weiterentwickelt werden muss, bevor sie ihre endgültige Form erreicht.

Die Minister würdigten neben der zwischenstaatlichen Unterstützung auch die kontinuierlichen Bemühungen und Beiträge der Europäischen Kommission zur städtische Agenda, insbesondere durch die städtische Dimension der Kohäsionspolitik. Diesbezüglich richteten sie einen Appell an die Europäische Kommission, dabei weiterhin Eigeninitiative zu zeigen, insbesondere in Bereichen des zwischenstaatlichen Prozesses, die das Europäische „Acquis Urbain“ fördern.

Die Minister betonten auch die Notwendigkeit einer verstärkten Kooperation und Koordinierung mit dem Europäischen Parlament, dem Ausschuss der Regionen, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Europäischen Investitionsbank und anderen maßgeblichen Institutionen und Organisationen, die im Bereich der europäischen Stadtentwicklung tätig sind.

Als vorläufigen Plan für dieses gemeinsame Arbeitsprogramm verpflichteten sich die Minister dazu, die folgenden gemeinsamen Maßnahmen zu fördern und zu unterstützen:

C.1. Stärkung der städtischen Dimension der Kohäsionspolitik.

Die Minister kamen zu dem Schluss, dass in den Städten und Gemeinden heute und auch in Zukunft das meiste Potenzial und die meisten Herausforderungen liegen und dass sie von entscheidender Bedeutung sind, um die Ziele von Europa 2020 zu erreichen, indem die europäischen Volkswirtschaften intelligenter, wettbewerbsorientierter und nachhaltiger werden und eine bessere soziale Integration bieten. Daher betonten sie die politische Priorität, die europäischen Städte dazu in die Lage zu versetzen, zukünftige Herausforderungen anzugehen, ihr Potenzial freizusetzen und staatliche

Unterstützung für eine nachhaltige Städtebaupolitik in der gesamten EU insbesondere durch die Kohäsionspolitik fortzuführen und zu stärken.

Um dies zu erreichen, vereinbarten die Minister ihren Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission in der Debatte um die Berücksichtigung und Ausarbeitung eines gestärkten Rahmens für die städtische Dimension der Kohäsionspolitik im nächsten Programmplanungszeitraum.

Die Minister vereinbarten, dass die folgenden Grundsätze die gemeinsame Grundlage des neuen Rahmens für die städtische Dimension der Kohäsionspolitik darstellen sollen: Die Beteiligung der Kommunalbehörden und Städte an der Gestaltung und Implementierung des Operationellen Programme, eine stärkere Betonung eines integrierten Ansatzes und einer nachhaltigen Stadtentwicklung, eine stärkere Konzentration auf die territoriale und soziale Kohäsion und ein einfacheres Umsetzungssystem.

C.2. Unterstützung von mehr Kohärenz bei territorialen und städtischen Problemen und Themen und Förderung der städtischen Dimension im Rahmen der territorialen Kohäsion

Die Minister betonten die Bedeutung der Koordinierung und Kohärenz der Städtebau- und Territorialpolitik, nahmen das Arbeitspapier „Territory matters to make Europa 2020 a success“ (Das Territorium ist wichtig, um aus Europa 2020 einen Erfolg zu machen),⁵ zur Kenntnis und würdigten, dass Europa insgesamt intelligenter und nachhaltiger wäre und eine bessere soziale Integration haben würde, wenn man die umfangreiche geografische Diversität und das territoriale Potenzial in allen Regionen und Städten besser nutzen würde, indem man vor allem Mechanismen des Mehrebenensystems berücksichtigt, um im territorialen Bereich in unterschiedlichen Bereichen und auf unterschiedlichen Regierungsebenen eine konsistentere Politik zu erzielen.

Diesbezüglich vereinbarten sie, zu untersuchen, ob es möglich ist, für mehr Koordinierung zwischen territorialen und städtischen Problemen und Themen zu sorgen.

Die Minister kamen auch zu dem Schluss, dass es von entscheidender Bedeutung ist, die städtische Dimension im breiteren Kontext der territorialen Kohäsion zu betrachten. Europäische Städte und die Beziehung zwischen Städten und benachbarten Gemeinden (einschließlich der Beziehung und der Partnerschaften zwischen Großstädten und zwischen Städten und ländlichen Regionen) und die Berücksichtigung der breiteren territorialen Vielfalt sind von entscheidender Bedeutung, um dieses neue horizontale Ziel der EU-Politik zu erreichen. Daher sollte die städtische Dimension ein integraler Bestandteil des Konzeptes der territorialen Kohäsion sein.

C.3. Fortsetzung der Förderung von Forschung und vergleichenden Studien und Statistiken, Austausch bewährter Verfahrensweisen und Verbreitung des Wissens zu städtischen Themen sowie eine verstärkte Koordinierung all dessen.

Die Minister betrachteten es als äußerst wichtig, neben dem Austausch bewährter Verfahrensweisen und der Verbreitung von Wissen die Förderung von Forschung und von vergleichenden Studien und Statistiken zu städtischen Themen fortzusetzen.

Dies macht es erforderlich, Forschungsprogramme auf Ebene der Einzelstaaten und länderübergreifende Projekte auf gesamteuropäischer Ebene stärker zu koordinieren und voranzutreiben. Diesbezüglich bedankte man sich bei der Europäischen Kommission dafür, dass sie den Bereich der europäischen Forschung zu städtischen Themen vorangebracht hat, und zwar in Form einer beträchtlichen Unterstützung der Stadtforschung durch Rahmenprogramme für Forschung und technische Entwicklung (RTD, research and technological development) und insbesondere in Form der Gründung des URBAN-NET-Netzwerkes.⁶ Es wäre außerordentlich sinnvoll, den von URBAN-NET eingeleiteten Weg über das Jahr 2010 hinaus fortzusetzen, um länderübergreifende

⁵ Gemeinsamer Beitrag der Generaldirektoren der für die Politik der Territorialentwicklung in der Europäischen Union zuständigen Ministeriumsabteilungen, verabschiedet am 10. Mai 2010 in Sevilla.

⁶ <http://www.urban-net.org/>

Forschungsprogramme zu städtischen Themen und die zwischenstaatliche Finanzierung der Ausschreibung länderübergreifender Projekte zu koordinieren und auch die Anzahl der teilnehmenden Länder auszuweiten. Die Minister baten die Kommission auch darum, die städtische Dimension im Rahmen des derzeit gültigen Siebten Rahmenprogramms zu berücksichtigen und betonten, dass es wichtig ist, deren Unterstützung in Zukunft weiterhin fortzusetzen. Letztlich baten sie die Kommission und die beteiligten staatlichen Behörden auch darum, die territoriale Dimension der städtischen Dynamik im Rahmen des ESPON-Programms verstärkt zu analysieren.

Angesichts der Empfehlungen des in Leipzig vorgestellten portugiesischen Berichtes zur Notwendigkeit einer stärkeren Kooperation zwischen Wissensanbietern nahmen die Minister den Fortschritt zur Kenntnis, der bei der Kooperation zwischen den europäischen Stadtnetzwerken und auch zwischen zwischenstaatlichen Initiativen und Initiativen der Kommission erzielt wurde. Sie begrüßten insbesondere die in Betracht gezogene Schaffung einer Gemeinsamen Suchmaschine der Programme EUKN⁷ und URBACT⁸. Die Minister begrüßten auch, dass sich verschiedene Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet haben, ihre Beteiligung an EUKN im Zeitraum 2011-2015 fortzusetzen und schätzten ihre Bemühungen, aus EUKN eine EGTC zu machen.

Schließlich betonten die Minister, dass es notwendig ist, all diese Initiativen zu verstärken und begrüßten die Initiativen von Schweden, Spanien und Belgien zur Bildung einer mit der UDG in Verbindung stehenden Arbeitsgruppe, um sich die Möglichkeiten anzusehen und Strategien zu bestimmen, die die Koordinierung und das Nachdenken über diese Stadtforschungsthemen und das damit in Verbindung stehende Wissen fördern.

C.4. Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung und integrierter Ansätze durch die Verstärkung und Entwicklung von Instrumenten zur Implementierung der Leipzig-Charta auf allen Ebenen.

Die Minister bestätigten nochmals, dass die in der Leipzig-Charta beschriebene Mehrebenenpolitik eine Voraussetzung für die Implementierung einer integrierten Stadtentwicklungspolitik ist. Ein solcher Ansatz wird nicht nur eine integrierte Stadtentwicklungspolitik fördern sondern auch dabei helfen, die Ziele von Europa 2020 und die EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Diesbezüglich ist klar, dass die Leipzig-Charta mehr als nur eine Reihe von Grundsätzen ist und sich zu einem lebendigen Dokument entwickeln muss, auf dessen Grundlage man konkrete Strategien ausarbeiten kann, um all ihre Empfehlungen zu implementieren.

Die Minister waren der Meinung, dass man die bestehenden Koordinierungsinstrumente und die Entwicklung neuer Instrumente verstärken muss, da die Untersuchung einer integrierten und nachhaltigen Städtebaupolitik auf allen Regierungsebenen notwendig ist: Auf lokaler, regionaler, nationaler und Europäischer Ebene. Auf der Ebene der Städte stellt der RFSC ein hilfreiches Instrument dar, das einen integrierten Ansatz unterstützt. Auf regionaler und nationaler Ebene sollten die bestehenden Koordinierungsstrukturen besser genutzt und die Möglichkeiten neuer Koordinierungsinstrumente untersucht werden, um sich auf einen integrierten städtebaulichen Ansatz zuzubewegen. Auf europäischer Ebene sollte ebenfalls die Kooperation zwischen Mitgliedsstaaten, Europäischen Institutionen und Städtegemeinschaften und Netzwerken verstärkt werden, wie weiter oben bereits erwähnt wurde.

In diesem Zusammenhang wird die Initiative der Tschechischen EU-Ratspräsidentschaft begrüßt, die Implementierung der Grundsätze der Leipzig-Charta zu verfolgen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass es weiterhin notwendig ist, eine nachhaltige Stadtentwicklung und integrierte Stadtansätze zu fördern, insbesondere auf der in unserem Verantwortungsbereich liegenden Ebene der Einzelstaaten.

Dazu wird auf Initiative von Spanien, Belgien und Ungarn von der zweiten Jahreshälfte 2010 an untersucht, ob es möglich ist, Methoden zu entwickeln, um die Implementierung der Leipzig-Charta auf allen Regierungsebenen anzusprechen und zu verfolgen.

⁷ <http://www.eukn.org/>

⁸ <http://urbact.eu/>

C.5. Betrachtung der wichtigsten Herausforderungen, denen Europäische Städte in Zukunft begegnen werden.

Die Minister begrüßten die Initiative der Europäischen Kommission zu einem Prozess des Nachdenkens über die Herausforderungen und Modelle für ihre Städte von Morgen.

Die Minister unterstützten auch die Initiative von Ungarn, eine themenorientierte Diskussion zu zwei der größten Herausforderungen zu eröffnen, denen Europäische Städte in Zukunft begegnen werden. Klimawandel – eine Fortsetzung der Betrachtungen, die während der slowenischen, französischen und schwedischen EU-Ratspräsidentschaften angestellt wurden – und die Auswirkungen des demografischen Wandels.

„REFERENZDOKUMENT VON TOLEDO ZUR INTEGRIERTEN STADTERNEUERUNG UND DEREN STRATEGISCHEM POTENZIAL FÜR EINE INTELLIGENTERE UND NACHHALTIGERE STADTENTWICKLUNG IN EUROPA MIT BESSERER SOZIALER INTEGRATION“

1. Die strategische Bedeutung der integrierten Stadterneuerung für eine intelligentere und nachhaltigere Stadtentwicklung mit besserer sozialer Integration

Wie in der Strategie Europa 2020 erwähnt wurde, die der jüngste Rat im Juni verabschiedet hat, steht die Europäische Union vor einer Reihe größerer wirtschaftlicher (finanzielle und wirtschaftliche Rezession, Globalisierung, usw.) sozialer (Arbeitslosigkeit, soziale Integration, Bevölkerungsstruktur, soziale Ungleichheit, usw.) und ökologischer (Klimawandel, Erhalt natürlicher Ressourcen, usw.) Herausforderungen. Darin wird Folgendes festgestellt: *„Die Bewältigung der Krise muss für uns der Beginn einer neuen Wirtschaftsform sein. Damit wir für unsere Generation und für künftige Generationen eine hohe, durch ein einzigartiges Sozialmodell gestützte Gesundheit und Lebensqualität erhalten können, müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen. Was wir brauchen, ist eine Strategie, mit der die EU in eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft umgewandelt werden kann, die durch ein hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau sowie einen starken sozialen Zusammenhalt geprägt ist.“* Hierfür legt die Strategie Europa 2020 drei Prioritäten fest, die sich gegenseitig verstärken: Intelligentes Wachstum, Entwicklung einer auf Wissen und Innovation basierenden Wirtschaft; nachhaltiges Wachstum und Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft; und integratives Wachstum, das eine Wirtschaft mit hoher Beschäftigung fördert und für sozialen und territorialen Zusammenhalt sorgt.

Diesbezüglich sind Städte und Gemeinden von entscheidender Bedeutung, um die allgemeinen Ziele und wichtigsten konkreten Zielvorgaben der Strategie Europa 2020 zu erreichen. Wenn die Bedeutung dieser Herausforderungen Europäischer Städte aus der klassischen mehrdimensionalen Nachhaltigkeits-Perspektive (Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Kultur und Regierungsführung) heraus betrachtet und untersucht wird, dann kommt heraus, dass die „Stadterneuerung“ unter Umständen eine wirklich strategische Rolle für die Zukunft der Stadtentwicklung in Europa spielen kann. Sie kann eine Chance darstellen und dabei helfen, diese Herausforderungen Europäischer Städte aus mehrdimensionaler Perspektive heraus anzugehen und insbesondere im bereits bestehenden Stadtgefüge.

Aus ökologischer Perspektive...

Wenn man zunächst die ökologische Dimension betrachtet, dann sind Großstadtreionen, Städte und Gemeinden Schlüsselakteure der weltweiten Nachhaltigkeit beziehungsweise bei der Bekämpfung des Klimawandels, da sich der Ressourcenverbrauch (sowohl von Material als auch von Energie) und die Produktion von Müll und Emissionen (einschließlich der wichtigen Treibhausgase) hier konzentriert. Die Erhöhung des Prozentanteils erneuerbarer Energiequellen bei unserem Energieendverbrauch um bis zu 20% und der Energieeffizienz um ebenfalls 20%, sowie die Ökoeffizienz neuer städtebaulicher Entwicklungen (z. B. durch die Entwicklung von „Ökovierteln“) ist eine notwendige Voraussetzung, um eine Lösung für die Gleichung der städtischen Nachhaltigkeit zu finden, aber nicht genug, wenn man berücksichtigt, dass die Ziele der Strategie Europa 2020 eine Reduktion der Treibhausgase um mindestens 20% im Vergleich zum Niveau von 1990 (oder bei geeigneten Bedingungen um 30%)

beinhalten. Der Kampf um städtische Nachhaltigkeit wird hauptsächlich darin bestehen, im bereits vorhandenen Stadtgefüge eine möglichst hohe Ökoeffizienz zu erzielen.

Um dies zu erreichen, müssen wir eine echte „grüne, ökologische oder die Umwelt betreffende“ Erneuerung unserer Städte betreiben. Hierzu gehören unter anderem die folgenden Hauptthemen:

- Verringerung des Transportbedarfs durch die Förderung von Nähe und Mischnutzungen, während gleichzeitig eine nachhaltigere Mobilität gefördert wird (auf der Ebene von Städten und Großstädten und auch zwischen einzelnen Städten), und zwar durch Folgendes: Vorrang für nicht-motorisierte, schadstoffärmere Beförderungsmittel (zu Fuß, mit dem Fahrrad)⁹, Unterstützung kostengünstiger und effizienter öffentlicher Verkehrsmittel, die für alle zugänglich sind – insbesondere in sozial benachteiligten Vierteln, wo sie eine Schlüsselrolle dabei spielen können, die physische Isolation aufzubrechen –, multimodale Verkehrsnetze und Optimierung der Stadtlogistik.
- Erhöhung der Energieeffizienz bereits bestehender Gebäude (durch eine bessere Wärmeisolierung von Außenwänden und Fenstern und eine Verbesserung der Effizienz von Heizung und anderen Installationen), unter Berücksichtigung des Zustands der Bausubstanz.
- Bessere Verwaltung der Energie- und Materialressourcen der Stadt und deren Ströme („urbaner Stoffwechsel“). Hierzu gehört der gesamte Wasserkreislauf, Müll, usw. Auf diese Weise sollen die urbanen Stoffwechselkreisläufe lokal geschlossen und der ökologische Fußabdruck reduziert werden.
- Förderung erneuerbarer Energien und deren Implementierung und Nutzung in Städten.
- Flächenrecycling (durch Stadterneuerung, Sanierung oder Wiederverwendung von leerstehenden, verfallenen oder ungenutzten Gebieten, usw.) als Schlüsselstrategie für einen geringeren Flächenverbrauch und somit zur Bekämpfung der „Zersiedelung“.
- Förderung des Konsums lokaler ökologischer Produkte, um die Konsumkreisläufe zu verkürzen und die lokale ökologische Wirtschaft zu stärken.
- Schutz von Natur, Landschaft, Wäldern, Wasserressourcen, landwirtschaftlichen Nutzflächen, usw. in der Nähe von Städten und Stärkung ihrer Verbindung mit den Städten oder die Anbindung daran (z. B. mit Grüngürteln und/oder Grünzonen, die an das Netz der öffentlichen Grünanlagen und Grünflächen angeschlossen sind), weitere „Wieder-Begrünung“ der bestehenden Stadt, usw.

Letztlich darf nicht vergessen werden, dass es neben den Strategien zur Eindämmung des Klimawandels auch notwendig ist, Strategien zu fördern, mit deren Hilfe man sich darauf einstellen kann, insbesondere in Küsten- und Flussgebieten, die von steigendem Meeresspiegel oder von Hochwasser betroffen sein könnten oder in den von der Erderwärmung voraussichtlich am stärksten betroffenen Gebieten. Zur Berücksichtigung neuer Szenarios gehört auch, dass Städte in Eigeninitiative Strategien entwickeln müssen, um sich gegen diese Veränderungen zur Wehr zu setzen („belastbare Städte“), um sich gegen Naturkatastrophen oder die Erderwärmung zu schützen und um das Wassermanagement in Dürrezeiten zu verbessern.

Aus sozialer Perspektive...

In Städten konzentriert sich ein Großteil der Europäischen Bevölkerung und aus **sozialer Perspektive** sind es Orte, an denen man demografische Herausforderungen, Integration und soziale Kohäsion, Integration von Immigranten, Arbeitslosigkeit, Bildung, Armut, multikulturelle Herausforderungen, usw. sehr stark wahrnimmt. Diese Probleme wurden durch die Auswirkungen der letzten Rezession noch verstärkt und bedrohen vor allem die verwundbarsten Bevölkerungsteile und insbesondere einige „sozial vernachlässigte Viertel im Kontext der Stadt als Ganzem“.¹⁰ Auf diese Weise verstärkt sich die soziale Polarisierung und das potenzielle Risiko einer sozialen Spaltung steigt. Die Beschäftigungsförderung, die Verringerung der Zahl der Schulabbrecher und die Verringerung des

⁹ Hierauf wird in der Mitteilung der Kommission über den „Aktionsplan urbane Mobilität“ (COM (2009) 490 final) hingewiesen.

¹⁰ Leipzig-Charta.

Armutsrisikos sind die wichtigsten sozialen Ziele der Strategie Europa 2020. Außerdem empfiehlt die Europäische Kommission¹¹, dass eine aktive Integrationspolitik die Einbindung arbeitsfähiger Personen in eine nachhaltige und qualitativ hochwertige Beschäftigung fördern und Ressourcen anbieten sollte, die ausreichen, um arbeitsunfähigen Personen ein würdiges Leben zu ermöglichen. Dabei sollte die soziale Beteiligung unterstützt und eine angemessene Einkommenssicherung, integrative Stellenmärkte und Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen kombiniert werden. Diese Ziele sowie die Implementierung mehrerer anderer miteinander vernetzter Maßnahmen sind äußerst wichtige Aktivitäten, um die soziale Integration und Kohäsion zu verbessern und eine räumliche Trennung und soziale Marginalisierung zu vermeiden. Hierzu gehören beispielsweise die Integration von Immigranten bei Gewährleistung von Chancengleichheit im Bildungsbereich, eine nachfrageorientierte Ausbildung und Integration bei Gewährleistung der Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Dienstleistungen, usw. sowie andere wirtschaftliche und die Umwelt betreffende Maßnahmen wie beispielsweise eine äußerliche Modernisierung der bebauten Umgebung. Diesbezüglich ist insbesondere die Wohnungsbaupolitik von Bedeutung: Einerseits kann man eine angemessene und bezahlbare Wohnung als einen der Grundpfeiler der Strategien zur sozialen Integration betrachten, insbesondere für diejenigen mit dem höchsten Ausgrenzungsrisiko. Andererseits kann die Renovierung, der Umbau und die Modernisierung von Wohnungen und Gebäuden zu spürbaren und beträchtlichen Verbesserungen im Alltag der Bewohner führen¹². Und nicht zuletzt ermöglicht es eine in sozialer Hinsicht ausgeglichene Wohnungsbaupolitik, die soziale Polarisierung auf der Ebene der Stadtteile zu reduzieren. Das Rotterdamer Ministertreffen im Jahr 2004¹³ empfahl bereits, dass eine Berücksichtigung all dieser Maßnahmen in integrierten Programmen oder städtischen Plänen insbesondere in solchen Vierteln sehr wirksam ist, die in sozialer Hinsicht am meisten benachteiligt sind.

Aus wirtschaftlicher Perspektive...

Aus **wirtschaftlicher Perspektive** konzentriert sich in Städten letztlich unter anderem ein großer Teil des menschlichen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Kapitals in Europa. Dies zu optimieren und aufzuwerten ist auch von entscheidender Bedeutung für eine Strategie der globalen Wettbewerbsfähigkeit, in der das „traditionelle Europäische Städtmodell“ das wichtigste Gut der EU ist.

Die wichtigsten wirtschaftlichen Zielvorgaben von Europa 2020 sehen eine Erhöhung der Beschäftigung und Investition im Bereich Forschung und Entwicklung vor. Um dies zu erreichen, scheint es notwendig zu sein, Strategien für die „Belebung der urbanen Wirtschaft“ zu entwickeln. Diese verpflichten sich im Einklang mit unterschiedlichen lokalen Kontexten zu einer wettbewerbsfähigeren Wirtschaft, in der der wirtschaftliche Fortschritt kontinuierlich vom Ressourcenverbrauch abgekoppelt wird und zu einer Wissensgesellschaft, zu Kreativität und zu Spitzenleistung und Innovation anregt und die innere Entwicklung und Diversifizierung der lokalen Produktionssysteme stärkt. Gleichzeitig wird der Arbeitsmarkt durch Bildungsmaßnahmen und die ständige Weiterbildung der Arbeiter entsprechend organisiert.

Der Umbau von Gebäuden und die äußerliche Verbesserung und Modernisierung von Einrichtungen sind nicht nur unbedingt notwendige Voraussetzungen für die Attraktivität einer Stadt, sondern auch ziemlich arbeitsintensive Bereiche. Daher handelt es sich potenziell um eine neue Quelle für Stellen, um Arbeitslose aufzunehmen, insbesondere solche aus der Baubranche (die derzeit in verschiedenen Mitgliedsstaaten einen großen Einbruch erlebt). Es handelt sich auch um eine spezialisierte Branche, die recht gut für die Schaffung neuer lokaler kleiner und mittelständischer Unternehmen geeignet ist, die wiederum eine gewisse Sogwirkung für Innovation und Industrieunternehmen haben. Diese Möglichkeiten sind im Falle der „grünen, ökologischen und die Umwelt betreffenden Erneuerung“ auf

¹¹ Empfehlung der Kommission vom 3. Oktober 2008 zur aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2008) 5737) (2008/867/EC).

¹² Zum Beispiel: Die Verbesserung der physischen Zugänglichkeit ist entscheidend für die Förderung der gesellschaftlichen Autonomie und Beteiligung von behinderten und älteren Menschen.

¹³ Konklusion 3.6 zur Sozialen Eingliederung.

Grundlage einer Förderung energieeffizienter Gebäude und Einrichtungen, nachhaltiger Mobilität, der Implementierung erneuerbarer Energien in Städten, usw. um so bedeutender. Die Strategie Europa 2020 hat bereits darauf hingewiesen¹⁴, dass dieser Bereich ausgezeichnete Möglichkeiten nicht nur für die Schaffung neuer Unternehmen und neuer Stellen bietet, sondern auch für Innovation und die Konsolidierung der Europäischen Führung in diesem Bereich.

Die derzeitige Rezession hat nicht zuletzt auch eine individuelle und familiäre Dimension, deren Auswirkungen insbesondere diejenigen am deutlichsten spüren, die am verwundbarsten sind und in den sozial benachteiligten Vierteln leben, in denen ein integrierter Ansatz auch einen sehr positiven Effekt hätte, indem die unterstützende Wirtschafts- und Sozialpolitik durchlässiger und denjenigen zugute kommen würde, die am stärksten betroffen sind. Diesbezüglich trägt eine Stärkung gemeinnütziger und sozialer Einrichtungen und Dienstleistungen nicht nur dazu bei, die Lebensqualität der Bürger sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zu verbessern.

Aus der Perspektive der Städteplanung und aus architektonischer und kultureller Perspektive...

Die Städte und deren Erbe sind entscheidende Elemente und Quellen der reichhaltigen und abwechslungsreichen Europäischen Geschichte und Kultur. Zum Glück ist die Erhaltung des historischen und kulturellen Erbes einer Stadt heutzutage etwas Selbstverständliches. Dies gilt insbesondere für das architektonische Erbe und die „Baukultur“. Dadurch wird das kollektive Gedächtnis am Leben erhalten, das für das Europäische Städtmodell bezeichnend ist. Um das Erbe wirklich am Leben zu erhalten, ist es jedoch oft notwendig, neben dem materiellen Erhalt auch seine Bewohnbarkeit und Attraktivität zu gewährleisten.

Aus architektonischer Perspektive wird die Gebäudesanierung viele Mängel des bestehenden Baubestands beseitigen können, insbesondere bei den in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach schlechten Qualitätsstandards errichteten Wohnungen, indem ihre Funktionalität verbessert und so die Vielfalt gefördert wird und Wohntypologien an neue familiäre und demografische Muster angepasst werden. Dies fördert die Ökoeffizienz von Gebäuden und Einrichtungen, löst Probleme bei der Zugänglichkeit und bauliche Mängel, die es bei einigen immer noch gibt, usw. Die architektonische Qualität, Vielfalt und Identität wird ebenfalls verbessert.

Die Aufwertung heruntergekommener öffentlicher Bereiche und der Erhalt oder die Requalifikation von Architekturformen trägt nicht nur dazu bei, die Qualität der städtischen Umgebungen, Landschaften und Orte in unserem Stadtgefüge zu verbessern und dadurch deren Attraktivität für hoch qualifizierte Arbeitskräfte und Unternehmen zu erhöhen. Sie erhöht auch die Attraktivität für die Anwohner und deren Identifikation mit der städtischen Umgebung und ihrer Nachbarschaft. Dies leistet nicht nur einen Beitrag zur kulturellen Bereicherung sondern auch zur Erschaffung oder Neuerschaffung einer Bürgerschaft, da die Werte der Demokratie, der Koexistenz, des Austauschs, des städtischen Fortschritts, der Vielfalt, des Zusammenlebens und der Freiheit entscheidende Faktoren der Kultur der Europäischen Stadt sind, die im öffentlichen Raum am wirksamsten zum Ausdruck kommen.

Aus der Perspektive der Regierungsführung...

Um eine erfolgreiche Implementierung öffentlicher Politik, eine effizientere und effektivere Verteilung öffentlicher Ressourcen und eine stärkere direkte Beteiligung, Einbeziehung und Verantwortung der Bürger und deren Engagement zu gewährleisten, ist eine verantwortungsbewusste Regierungsführung auf Grundlage der Prinzipien der Offenheit, Beteiligung, Rechenschaftspflicht, Leistungsfähigkeit, Kohärenz und Subsidiarität erforderlich. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass für den Erfolg der städtischen Politik auch die Zufriedenheit und das Wohlbefinden der Bürger entscheidend ist.

Die Bedeutung einer verantwortungsbewussten Regierungsführung hat während der derzeitigen Finanzkrise sogar noch zugenommen. Daher ist sie von entscheidender Bedeutung, um eine möglichst

¹⁴ Man geht davon aus, dass ein Erreichen des Ziels von 20% an erneuerbaren Energien in der EU potenziell über 600.000 Stellen schaffen kann. Wenn man das Ziel von 20% bei der Energieeffizienz hinzufügt, dann geht man davon aus, dass es um über 1 Million neue Stellen geht.

weitgehende Optimierung von Ressourcen und Bemühungen zu erreichen, indem Kooperation und Synergien, das Mehrebenensystem und der integrierte Ansatz betont werden, wie weiter unten beschrieben wird.

2. Hin zu einem allgemeinen Verständnis des integrierten Ansatzes der Stadterneuerung im Besonderen und der Stadtentwicklung im Allgemeinen.

Welche Hauptmerkmale hat der integrierte Ansatz?

Die Leipzig-Charta empfahl, „*die Ansätze einer integrierte Stadtentwicklungspolitik stärker zu nutzen*“. Die Erfahrung und Praxis aus zahlreichen nationalen, regionalen und lokalen Projekten sowie aus Projekten, die durch URBAN-Initiativen der EU finanziert wurden (auf der Grundlage der Entwicklung eines gemeinsamen Europäischen „Urbanen Acquis“), hat gezeigt, dass dieser integrierte Ansatz, der in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen besonders wichtig ist, die folgenden Hauptmerkmale hat:

- Dieser integrierte Ansatz erfordert zunächst die Aneignung eines ganzheitlichen Ansatzes und einer ganzheitlichen Denkweise. Dies bedeutet, dass die herkömmlichen eindimensionalen und auf einen Bereich konzentrierten Ansätze durch neue, quer verlaufende oder multidimensionale Ansätze ersetzt werden. Es bedeutet auch, die Stadt als Ganzes zu betrachten: Es sollte einheitliche Strategien und Maßnahmen geben, die die gesamte Komplexität der Stadtentwicklung angehen und die Rolle der einzelnen Teile der Stadt innerhalb der Gesamtstruktur berücksichtigen.

Dieser ganzheitliche Ansatz bedeutet auch, dass man gleichzeitig an all die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit denkt und daran arbeitet — Wirtschaft, Soziales, Kultur und Umwelt — und die Ressourcen entsprechend verteilt, so dass die Maßnahmen in einem bestimmten Bereich positive Auswirkungen auf andere Bereiche haben, oder zumindest vermeiden, dass sie im Widerspruch zueinander stehen oder negative Auswirkungen auf andere Bereiche haben. Die wichtigste Herausforderung für die zukünftige städtebauliche Politik wird sein, ob wir dazu in der Lage sein werden, die gleichen leistungsfähigen und konvergierenden Antworten für die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu finden, die Städte beschäftigen.

- Diesen integrierten Ansatz in die Praxis umzusetzen, bedeutet auch, Konflikte zu lösen, Differenzen oder die gegenseitige Beeinflussung der Auswirkungen dieser Dimensionen zu überwinden und Kompromisse zu finden, die im Einklang mit den festgelegten allgemeinen Leitsätzen der Stadt stehen. Hierfür scheint es notwendig zu sein, diese gemeinsame Verpflichtung zu nachhaltigen Ergebnissen zu kanalisieren, indem geeignete – formelle und informelle – Koordinierungsebenen und Rahmenbedingungen festgelegt werden. „Transversale Koordination“, damit eindimensionale Ansätze für einzelne Bereiche zusammenwirken können; „vertikale Koordination“ zwischen allen Verwaltungsebenen (EU/staatlich/regional/intermediär/lokal) durch neue Formeln und Vorkehrungen für ein „Mehrebenensystem“¹⁵; und „horizontale Koordination“ zwischen allen beteiligten Akteuren, die am „Städtebau“ beteiligt sind (Behörden, Immobilien- und Finanzbranche, Fachleute, usw.) und mit einer Kombination aus Top-Down- und Bottom-Up-Ansätzen. Und vor allem sollte auch eine wirksame Bürgerbeteiligung Wirklichkeit werden.
- Eine Stadt ist Zeit und Raum. Der integrierte Ansatz bedeutet, nach der geeigneten Form zu suchen, um alle „Zeitmaßstäbe“ (kurz-, mittel- und langfristig) und alle „Raummaßstäbe“ (Region/Großstadtgebiet/kleine, mittelgroße und große Städte und Gemeinden/Stadtviertel, usw.) zu organisieren und letztlich miteinander zu verbinden.

¹⁵ Im Weißbuch zum Mehrebenensystem (2009) des Ausschusses der Regionen und im Anhang 3 („Regierungsführung und nachhaltige Gemeinden“) des Informellen Ministertreffens von Bristol (2006) wird dies weiterentwickelt.

Aus der Perspektive des Zeitmaßstabs ist es ratsam, kurzfristige Stadtplanungsmethoden zu überwinden, indem man strategische Szenarien (wirtschaftliche, ökologische, soziodemografische, usw.) erstellt, die in einem integrierten städtischen Plan oder in einer Stadtvision zum Ausdruck gebracht werden, die klare Aussagen und Ziele enthält und langfristige Rahmenvorstellungen mit einer gewissen Flexibilität bei einigen Bestimmungen kombiniert, um die Anpassungsfähigkeit, Innovation und Weiterentwicklung ohne extreme Brüche zu ermöglichen und die Kontinuität der Maßnahmen und die wirksame Nutzung der Ressourcen zu gewährleisten.

Aus räumlicher Perspektive muss ein integrierter städtischer Plan oder eine Stadtvision über die Summe der kurzfristigen oder isolierten Maßnahmen hinaus gehen und gleichzeitig deren Implementierung in der Praxis oder auf Verwaltungsebene berücksichtigen.

- Auf lokaler Ebene sollte die Koordination der Maßnahmen eine integrierte Raumvorstellung reflektieren und das Ziel einer ausgeglichenen Entwicklung der gesamten Stadt und ihrer Bestandteile verfolgen. Darüber hinaus sollte auch auf deren Rolle innerhalb der Region geachtet werden.
- Auf regionaler Ebene sollte die Sektorpolitik und die Lokalpolitik aus einer umfassenderen regionalen Perspektive koordiniert und die Beziehungen zwischen Großstadt oder Stadt und Land zum Ausdruck gebracht werden. Regionale Kooperations- und Innovations-Cluster sollten gefördert werden, da sie dafür sorgen, dass das Wirtschaftswachstum als treibende Kraft einen Beitrag zur Stärkung einer polyzentrischen Struktur und eines ausgeglichenen integrierten Modells auf der Grundlage verschiedener regionaler Identitäten leistet.
- Auf staatlicher Ebene sollte die Koordination der Sektorpolitik und ein leistungsfähiges Mehrebenensystem auf allen Verwaltungsebenen gewährleistet werden. Dies fördert eine polyzentrische und ausgeglichene landesweite Entwicklung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit, indem bereits bestehende und geplante wirtschaftliche, soziale und fachliche Ebenen und Kooperationsprojekte weiterentwickelt werden.
- Eine Stadt ist eine soziale Konstruktion. „Integriert“ bedeutet auch „inklusiv“, d. h. die Arbeit daran, den „Sozialkörper“ der Stadt in einem inklusiven und gemeinsamen Projekt der Koexistenz zum Ausdruck zu bringen, um soziale Ausgrenzung und räumliche Trennung zu bekämpfen.
- Der integrierte Charakter bezieht sich auch auf die „Integration“ der einzelnen Bestandteile in eine Gesamtstruktur. Dies bedeutet auch, dass das konzeptuelle und operative Denken seinen Ursprung in Strategien oder Plänen mit integrierten - allgemeinen oder umfassenden - Vorstellungen der Stadt als Ganzem haben muss, auch wenn eine optimale Entwicklung oft durch „territoriale Maßnahmen“ („gebietsbezogener“ Ansatz) erreicht wird. In einer Stadt haben Ziele (z. B. Wohnungsbau, Gebäude) und Subjekte (physische und juristische Personen) eine bestimmte räumliche Lage und es ist normalerweise ergiebiger, eine „integrierte“, allgemeine oder umfassende Gesamtstrategie mit einer „gebietsbezogenen“ Entwicklung zu kombinieren als einfach nur auf isolierte Objekte und Subjekte einzuwirken (z. B. Wohnung für Wohnung oder Haus für Haus) oder willkürlich und allgemein vorzugehen.

Unter praktischen Gesichtspunkten erfordert der integrierte Ansatz eine gemeinschaftliche Verpflichtung zu gemeinsamen Ergebnissen bei der städtischen Nachhaltigkeit, das Vorhandensein von Teams aus mehreren Behörden oder Querschnittsteams, die zusammenarbeiten und von zusammengefassten Budgets verschiedener Behörden oder Dienststellen, die in die gleiche oder in eine gemeinsame Richtung gesteuert werden.

Welche Vorteile hat der integrierte Ansatz?

In einem Kontext, in dem die städtischen Herausforderungen immer komplexer werden, aber sowohl die öffentlichen als auch die privaten Ressourcen rückläufig sind und man daraufhin mit weniger mehr

erreichen muss, muss man darum kämpfen, den Wert der Beiträge der öffentlichen und privaten Interessenvertreter in vollem Umfang abzuschöpfen. Man muss die Bunkermentalität bei der Denk- und Arbeitsweise sowie bei der Finanzierung abbauen, um neue Denk- und Arbeitsweisen zu entwickeln und einen besseren, leistungsfähigeren und nachhaltigeren Service zu bieten. Der integrierte Ansatz bietet diese Möglichkeit und es können zusätzliche Synergieeffekte und Multiplikatoren erzielt werden, während gleichzeitig die Koordination gefördert und Verdopplungen, Konflikte oder Beeinträchtigungen vermieden werden.

3. Was verstehen wir unter Integrierter Stadterneuerung?

Die Integrierte Stadterneuerung ist als geplanter Prozess konzipiert, der über die Teilbereiche und Ansätze hinausgehen muss, die bis jetzt in der Regel der Maßstab waren, um die Stadt als funktionsfähiges Ganzes und ihre Einzelteile als Bestandteile des gesamten Stadtorganismus zu betrachten. Das Ziel besteht darin, die Komplexität und Vielfalt der sozialen, wirtschaftlichen und städtischen Strukturen vollständig zu entwickeln und ins Gleichgewicht zu bringen und gleichzeitig im Umweltbereich mehr Ökoeffizienz anzuregen.

Dieses Konzept der „integrierten Stadterneuerung“ zielt darauf ab, das gesamte bestehende städtische Kapital (soziales Kapital, bebaute Umgebung, Kulturerbe, usw.) zu erhalten oder aufzuwerten. Dies steht im Gegensatz zu anderen Interventionsformen, bei denen beim gesamten städtischen Kapital lediglich dem Wert von Land der Vorrang gegeben und dieser erhalten wird, indem man den Rest des gesamten städtischen Kapitals auf traumatische Art und Weise vernichtet und austauscht¹⁶ — und beklagenswerterweise auch einen Großteil des sozialen Kapitals. Benachteiligte Stadtgebiete werden nicht als Problem sondern als Quelle für unerschlossenes Humankapital und materielles Kapital betrachtet, dessen Potenzial freigesetzt werden muss, um einen Beitrag zur allgemeinen Entwicklung und zum Wirtschaftswachstum der Stadt zu leisten.

Diese strategische Verpflichtung zu einer „integrierten Stadterneuerung“ ist nicht unvereinbar mit der städtebaulichen Entwicklung. Wenn dies notwendig ist, dann sollte die Raum- und Stadtplanung natürlich eine entsprechende Erschließung von Baugelände ermöglichen, um berechnete Bedürfnisse zu erfüllen. Dabei sollten die Bestimmungen der Leipzig-Charta beachtet werden, nach denen „*das Flächenangebot gesteuert und Spekulationen eingedämmt werden*“ sollen. Es ist jedoch auch ratsam, dem grenzenlosen Wachstum von Städten oder der Zersiedelung Einhalt zu gebieten, weil eine weitere Ausdehnung von Außenbezirken in Gesellschaften mit grundsätzlich gleich bleibender oder rückläufiger Bevölkerungsentwicklung wie in den meisten Europäischen Städten neben dem Anstieg der Immobilienpreise und der Entflechtung von Arbeit, Dienstleistungen und Infrastruktur vom Gefühl der Bürger gespeist wird, dass die Lebensqualität in einigen bereits vorhandenen Stadtgebieten sinkt oder nicht vorhanden ist.

In schrumpfenden Städten kann es von Bedeutung sein, einen Ausgleich zu finden zwischen dem Bedürfnis nach dem Erhalt lebendiger Stadtzentren und der Erneuerung oder Modernisierung von Wohnblocksiedlungen. Dabei vermeidet man einige potenziell widersprüchliche Begleiterscheinungen wie beispielsweise einen Anstieg des Anteils leerstehender Wohnungen in renovierten Gebäuden.

Das Ziel besteht kurz gesagt darin, durch umfassende städtische Ansätze eine umfangreiche Stadtpolitik anzuregen. Dabei ist es notwendig, die physische Ausweitung der Stadt zu verwalten und die Verpflichtung zu einer integrierten Erneuerung des vorhandenen Stadtgefüges und der bebauten Umgebung mit einem nachhaltigen, integrierten Wachstumsmodell bei neuen städtebaulichen Entwicklungen zu kombinieren. Dabei sollte man sich auf das „traditionelle Europäische Städtmodell“ berufen, das facettenreich (und darin liegt auch seine Vielfalt) und dadurch erkennbar ist, dass es Komplexität, Kompaktheit, funktionale Vielfalt, Pluralität und soziale Integration anstrebt. Das

¹⁶ Das bedeutet nicht, dass bestimmte Gebäude in bestimmten „Erneuerungsoperationen“ nicht abgerissen und ersetzt werden müssen, oder dass man sich bei anderen Gelegenheiten („Industriebrachen“, auffällige Gebäude, verlassene oder im Niedergang begriffene Gebiete) am besten einer kompletten Erneuerung zuwendet.

endgültige Ziel besteht dabei darin, alle Dimensionen der Nachhaltigkeit besser auszugleichen und zu integrieren.

4. Welche operativen Instrumente könnten eine integrierte Stadterneuerung fördern?

Aus operativer Perspektive gibt es unter anderem die folgenden Instrumente zur Förderung einer integrierten Stadterneuerung:

- Einführung von Plänen und Programmen zur integrierten Erneuerung, die gleichzeitig sowohl die Stadt als Ganzes als auch teilweise Interventionsbereiche berücksichtigen, Probleme und Chancen diagnostizieren und die Maßnahmen festlegen, die in verschiedenen Bereichen eingeführt und wie sie organisiert und koordiniert werden sollen, um Synergien zu schaffen und Unstimmigkeiten zwischen ihnen zu überwinden. Dabei müssen ein notwendiger Konsens aller städtischen Akteure und die Bürgerbeteiligung gewährleistet werden.
- Zu diesen Plänen und Programmen gehört es, eine Reihe organisierter Maßnahmen zur physischen Modernisierung von Gebäuden und Stadtgebieten mit anderen integrierten Maßnahmen in bestimmten Bereichen (wie oben erwähnt wurde) und mit Stadtentwicklungsrichtlinien zu kombinieren, die Kriterien festlegen für physische Erneuerungseingriffe, die Nutzungsverwaltung, die Verbesserung des öffentlichen Raums und der Stadtumgebung sowie für den Schutz der Landschaft und des kulturellen Erbes, usw.
- Wenn man berücksichtigt, dass die integrierte Vielfalt sozialer Gruppen und verschiedene städtische Aktivitäten und Funktionen in bestimmten Gebieten mit besonderer Nutzung und darüber hinaus ein Symptom für die Lebendigkeit einer Stadt sind, dann sollten wir darauf abzielen, die Lebensqualität, die Attraktivität und die Wohnbarkeit auf alle Stadtgefüge auszudehnen, vor allem im Zentrum und insbesondere in Wohngebieten. Dies bedeutet Folgendes: Städte und Stadtviertel, in denen alle leben können, in einer städtischen Umgebung, die *„aktiv, inklusiv, sicher, gut geführt, gut angebunden, gut bedient, umweltbewusst, erfolgreich, gut gestaltet und gut gebaut ist und allen gerecht wird.“*¹⁷ Um dies zu erreichen, muss die Stadtplanung und die städtebauliche Planung versuchen, eine ausreichende Attraktivität und optimale Bedingungen für die Wohnbarkeit zu schaffen oder wiederherzustellen und die Mittel bereitzustellen, um die *„Bedürfnisse der vorhandenen und zukünftigen Bewohner zu erfüllen“*¹⁸, damit alle Teile des Stadtgefüges zu Gebieten werden, in denen verschiedene soziale Gruppen *„jetzt und in Zukunft leben und arbeiten können und wollen.“*¹⁹

In einigen Fällen kann dies bedeuten, die soziale und funktionale Komplexität und Vielfalt bestimmter Gebiete (z. B. nach dem Zweiten Weltkrieg gebaute Hochhauswohnsiedlungen) zu erhöhen, indem die Attraktivität dieser Gebiete für neue Bewohner oder neuer Aktivitäten gesteigert wird. Auf diese Weise verbessert man die soziale Mischung unterschiedlicher Bevölkerungsteile und Einkommensgruppen und die funktionale Ausgeglichenheit des Gebietes. In anderen Fällen (dies ist oft in Gebieten im Zentrum oder historischen Vierteln der Fall) kann es jedoch notwendig sein, Mechanismen einzurichten, um soziale Ausgrenzung oder unbeabsichtigte Begleiterscheinungen der Gentrifizierung zu reduzieren, die Stadterneuerungsmaßnahmen oft mit sich bringen, weil sie den unerwünschten Effekt haben, bestimmte Bevölkerungsgruppen oder lebenswichtige Funktionen für eine städtische Balance zu vertreiben, weil sie sich kurzfristig nicht gegen andere profitablere Aktivitäten behaupten können.

¹⁷ Diese acht Eigenschaften einer nachhaltigen Gemeinde wurden in der Vereinbarung von Bristol aus dem Jahr 2006 vereinbart.

¹⁸ Vereinbarung von Bristol, 2006.

¹⁹ Diese Definition von nachhaltigen Gemeinden ist in der Vereinbarung von Bristol aus dem Jahr 2006 enthalten.

Wohntypologien und Wohnformate sowie bezahlbare Preise für Miet- oder Eigentumswohnungen gehören zu den Schlüsselementen dieser Strategien. Um die soziale Vielfalt und Pluralität sozialer Gruppen mit unterschiedlichem Einkommen und Alter in allen vorhandenen Stadtgefügen zu erhalten oder falls notwendig zu stimulieren, ist es notwendig, die Existenz vielfältiger Wohntypologien und Wohnformate zu unterstützen, indem sie falls notwendig erhalten oder indem sie eingeführt werden, wenn diese Vielfalt vorher nicht vorhanden war.

- Die öffentliche Finanzierung der Stadterneuerung gilt als entscheidend, um die mittel- und langfristigen sozialen und ökologischen Ziele zu erreichen. Aber im aktuellen Szenario begrenzter öffentlicher Ressourcen kann es unter Umständen notwendig sein, verschiedene Arten der bestehenden öffentlichen Finanzierung (Europäische Strukturfonds, nationale, regionale und lokale Finanzmittel, usw.) mit anderen Formeln und neuen Finanzmitteln (Kredite, revolving Fonds, JESSICA, usw.) und der Entwicklung neuer finanzieller und steuerlicher Anreize für Privatunternehmen zu kombinieren und so zu versuchen, die Beteiligung privater Immobilien- und Finanzakteure und sonstiger städtischer Akteure an der Stadterneuerung zu erhöhen.
- Die Stärkung bestehender und die Entwicklung neuer Formen öffentlich-privater Partnerschaften im Bereich der Erneuerung, die von der öffentlichen Verwaltung falls nötig durch Anreize gesteuert werden, um die Beteiligung des Privatsektors anzukurbeln, sorgt für einen ersten wirtschaftlichen Aufschwung und hat die Wirkung eines Katalysators. Bei solchen Partnerschaften sollten für beide Seiten klare und transparente Verhaltensregeln gelten.
- Die Investition in Bemühungen für den Aufbau von Kapazitäten und Fähigkeiten, um in Orten unabhängig von ihrer Lage (Städte, Gemeinden, städtische und ländliche Gebiete) die betreffenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme anzugehen, sind für die Förderung der Nachhaltigkeit von entscheidender Bedeutung. Die Vereinbarung von Bristol setzte sich für das Konzept der Placemaking-Fähigkeiten ein – hierzu gehören beispielsweise die regionale Führung, gesellschaftliches Engagement, partnerschaftliche Zusammenarbeit, Projektmanagement, Regierungsführung und berufsübergreifendes Lernen.
- Angesichts der Vielfalt der Europäischen Städte und Gemeinden und der großen geografischen und kontextabhängigen Vielfalt ist es unmöglich, bei den Plänen und Programmen der integrierten Stadterneuerung allgemeingültige Lösungen anzuwenden und folglich können sie von einer lokalen Entwicklung und Umsetzung profitieren, wenn ein an den lokalen Kontext angepasster Vorschlag für die Steuerung und Lenkung berücksichtigt wird, insbesondere im Hinblick auf die Förderung und Kanalisierung der Bürgerbeteiligung. Dies erfordert oft, dass bereits vorher ein offener und transparenter Prozess vorhanden ist, um die Leistung im Hinblick auf die Nachhaltigkeit für die Anwohner vor Ort und andere Interessenvertreter zu messen und zu begutachten. Dadurch erhalten die Menschen mehr Entscheidungsbefugnis und werden zuerst darüber in Kenntnis gesetzt und haben dann die Möglichkeit, sich stärker an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.
- Diesbezüglich scheint es für die Selbstbewertung der öffentlichen Politik und der Information der Bürger zweckdienlich zu sein, bei den Plänen und Programmen geeignete Überwachungs- und Bewertungsinstrumente zu berücksichtigen (Bewertungen vorab, zwischendurch und nachträglich, eine Reihe von Kriterien und Indikatoren, usw.), um zu überprüfen, ob die festgelegten Ziele erreicht wurden und um falls nötig entsprechende Änderungen oder Korrekturen vorzunehmen.

5. Die Notwendigkeit der Bildung eines neuen „Stadtbündnisses“, um die strategische Verpflichtung zu einer integrierten Stadterneuerung in die Praxis umzusetzen.

Um diese strategische Verpflichtung zur „Stadterneuerung“ und zum vorliegenden „integrierten Ansatz“ in die Praxis umzusetzen, ist ein neues „Stadtverständnis“ aller Akteure erforderlich, die am „Aufbauprozess“ der Stadt beteiligt sind: Der Immobiliensektor, der Finanzsektor, Anwohner vor Ort,

öffentliche Behörden, Fachleute, usw. Dieses neue „Stadtbündnis“ sollte auf Konsens basieren und durch neue Steuerungsformen legitimiert werden, bei denen soziale Netzwerke und Bürgernetzwerke eine führende Rolle spielen. Das gemeinsame Ziel sollte sein, die „vorhandene Stadt“ aufzuwerten, wiederherzustellen und sogar neu zu erfinden und so das humane, soziale, materielle, kulturelle und wirtschaftliche Kapital zu optimieren, das dort im Laufe der Geschichte entstanden ist und diese Elemente zu nutzen, um die leistungsfähigen, innovativen, intelligenten und nachhaltigeren Städte mit sozialer Integration zu gestalten, die Europa anstrebt.